



Joachim Poß
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin
Platz der Republik
11011 Berlin
Telefon 030 227 – 71020
Fax 030 227 – 76170
E-Mail: joachim.poss@bundestag.de

Joachim Poß, MdB • Platz der Republik • 11011 Berlin

Berlin, 21.07.2014

Öffentliche Diskussionen über die Zukunft des Länderfinanzausgleichs. Veröffentlichung von Unterlagen aus dem Karlsruher Klageverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit vielen Monaten wird in der Politik und in den Medien über den föderativen Finanzausgleich kontrovers diskutiert. Angefangen hatten die Ministerpräsidenten von Bayern und von Hessen. In einer gemeinsamen Kabinettsitzung am 5.2.2013 hatten beide den Beschluss gefasst, einen gemeinsamen Normenkontrollantrag beim Bundesverfassungsgericht zu stellen. Beide Regierungen hielten ihre Belastungen als Zahlerländer im Länderfinanzausgleich für zu hoch und deshalb das seit 2005 geltende Finanzausgleichsgesetz für verfassungswidrig. Eingereicht haben sie die Klage am 24.3.2014.

Seither wird von den führenden Politikern in Bayern und Hessen immer wieder die Debatte über den angeblichen Inhalt der Klage weitergeführt.

Doch weder Bayern noch Hessen haben die Klageschrift bisher veröffentlicht. Offiziell ist sie nicht für Interessierte oder Fachleute, die sich informieren wollen, vorhanden. Dabei geht es jetzt nicht einmal nur um die Klage über den Länderfinanzausgleich, sondern um eine gesetzgeberische Anschlussregelung nach Auslaufen des geltenden Länderfinanzausgleichs am 31.12.2019. Auch die Große Koalition will den Länderfinanzausgleich und die gesamten Bund-Länder-Finanzbeziehungen in den kommenden Monaten beraten.

In der Zwischenzeit haben alle Länder vom Bundesverfassungsgericht die Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten und haben auch auf die Klage erwidert. Nach ihren Angaben halten sie alle den von den Klageländern erhobenen Vorwurf der Verfassungswidrigkeit für völlig unbegründet. Auch die Bundesregierung teilt in ihrer Stellungnahme diese Bewertung.

Doch weigern sich die Landesregierungen von Bayern und Hessen ihre Klageschrift zu veröffentlichen. Auch die Bundesregierung gibt ihre Stellungnahme nicht öffentlich bekannt. Aber nur die Bremische Bürgerschaft hat die von Prof. Joachim Wieland erarbeitete Stellungnahme Bremens als Drucksache veröffentlicht. Auch die Klageerwidern von Prof. Dr. Joachim Koriath, der



Joachim Poß

Mitglied des Deutschen Bundestages

- 2 -

als Prozessbeauftragter die Länder Berlin, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen vertritt, kann eingesehen werden.

Da ich immer wieder zu dem Klage Thema „Länderfinanzausgleich“ angesprochen wurde, habe ich den mir zugänglichen **Schriftsatz von Bayern und Hessen (Klageantrag 88 Seiten + Anlage 54 Seiten) sowie die Stellungnahme für den Bund (41 Seiten)** ins Netz gestellt. Das möchte ich Ihnen hiermit mitteilen.

Abzurufen sind diese Unterlagen zur Information unter

<http://www.joachim-poss.de/10.html>

Mit freundlichen Grüßen